

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 1

Rubrik: Wo die Glasnost weitergeht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

МОСКОВСКИЕ НОВОСТИ * LES NOUVELLES DE MOSCOU * NOVEDADES DE MOSCU * موسكو نوووستي



MN moscow NEWS

No. 51 (3299), Sunday, December 20, 1987

A weekly newspaper of the Union of Soviet Societies for Friendship and Cultural Relations with Foreign Countries and Novosti Press Agency. First published October 5, 1930

Wo die Glasnost weitergeht

Wir haben im Verlauf des letzten Jahres etliche Beiträge der Moskauer illustrierten Wochenzeitung «Ogonjok» als Glasnost-Beispiele vorgestellt. Ein weiterer Hauptträger der Glasnost ist die Wochenzeitung «Moskowskije Nowosti», die unter dem Namen «Moscow News» auch in englischer Sprache

erscheint. Obwohl seit letzten Herbst die Versuche innerhalb der Parteiführung unverkennbar sind, Gegensteuer zur Perestrojka zu geben, hat die MN-Redaktion ihren Kurs bisher fortgesetzt, als Publikationsorgan, in welchem die Glasnost weitergeht. Wir bringen Beispiele.

Samstagsarbeit und Betriebsdemokratie

In ihrer Nummer vom 27. 12. 1987 veröffentlichte die «Moscow News» unter dem Titel «Noch eine Lektion in Demokratie» einen Bericht, von dem wir Auszüge bringen.

Eine Kontroverse brach in den Motorenwerken von Jaroslawl aus, als sich einige Arbeiter weigerten, die ihnen zugedachten Arbeitsbedingungen für das kommende Jahr anzunehmen. Die Verwaltung ging auf ihr Anliegen nicht ein, und so versammelten sich die Arbeiter einige Male mit Transparenten vor den Fabrikatoren. Sie beharrten auf einer Unterredung mit Vitali Dolezki, dem Generaldirektor der Produktionsvereinigung Awtoisjel. Mehr scheint sich nicht ereignet zu haben, aber wie diese Begebenheit dann von allen Beteiligten über jegliche Proportionen hinaus aufgebläht wurde, von der Belegschaft, vom zuständigen Ministerium, vom Zentralkomitee der Branchenge-

werkschaft und von den lokalen Parteistellen, das zeigt doch an, wie schlecht wir alle auf echte Demokratie vorbereitet sind.

In einer bestimmten Frage hatte sich ganz einfach eine Meinungsdivergenz zwischen der Direktion und einer Anzahl von Angestellten ergeben, die – durchaus im Rahmen der Gesetze – ihren Standpunkt verteidigen wollten. Die Überreaktion darauf war peinlich. Für das Kollektiv von 40 000 Beschäftigten hielt man im Kulturpalast des Werkes eine Versammlung von 700 Delegierten ab, in Anwesenheit des Stellvertretenden Ministers der Automobilindustrie der UdSSR. Beschickt wurde die Versammlung zur Regelung eines betriebsinternen Disputs ferner von Gewerkschaftsführern sowie von Vertretern der Staats- und Parteibehörden von Bezirk, Stadt und Gebiet. Auch die Presse war zugegen.

Zwar mischte sich an jenem Abend keiner dieser Aussenstehenden in die Diskussionen und Debatten ein, aber schon durch seine blosse Präsenz erweckte das stattliche Aufgebot den Eindruck, dass das, was in Jaroslawl geschehen war, nicht etwa zur Normalität gehöre, sondern so etwas wie eine grössere Krise darstelle.

Dabei galt der ganze dringliche Aufwand einer reinen Routinefrage über die Verteilung der unveränderten Arbeitszeit. Die Direktion hatte vorgeschlagen, die Tagesschichten um zehn Minuten auf 7 Stunden und 50 Minuten zu verlängern und dafür die Zahl der Arbeitssamstage von 20 auf 15 zu reduzieren. Dabei ging sie von der Annahme aus, die Einwilligung der Belegschaft sei, wie früher, eine blosse Formalität. Aber dann brach in einigen Abteilungen eine spontane Diskussion darüber aus, weil dort die meisten Arbeiter die Änderung noch weiter führen wollten. Das führte zu einem Gegenvorschlag: volle acht Stunden Tagesschicht und dafür nur achtmal Samstagsarbeit. Dieser Vorschlag wurde in 60 von 600 Abteilungen angenommen. (. . .)

Der ganze folgende Ärger beruhte darauf, dass die Direktion, die sich den Sukkors der Gewerkschaftsführer gesichert hatte, ihren eigenen Vorschlag von Anfang an als endgültige Lösung betrachtete und die erforderliche Genehmigung durch die Belegschaft als fraglose Selbstverständlichkeit. So erhob sie ihren Beschluss zur Doktrin und kollidierte damit mit einem Teil der Belegschaft.

Schliesslich kam die Kontroverse, die man gleich hätte behandeln sollen, doch noch auf den Tisch. (. . .)

Wichtiger (als die Frage von ein paar Rubel mehr im Falle von ausserregulärer Samstagarbeit zum Überstundentarif) ist zum Beispiel die Frage, warum solche Vorschläge, die früher von der Belegschaft widerspruchslos geschluckt wurden, heute nur mühsam durchzubringen sind.

An der Versammlung musste mir der Mann mit der Donnerstimme auffallen, der zweimal sprach. Es handelt sich um den 48jährigen Giesser Lew Makarow, um den «Rädelsführer beim Konflikt». Er nahm seinen Platz unter den 25 Mitgliedern des Präsidiums ein, ohne ihm anzugehören; offensichtlich hatte er als Sprecher der «Unruhestifter» Aufnahme gefunden.

Die Versammlung zog sich über Stunden hin, aber hitzig. Da schlief keiner ein, obwohl viele Delegierte direkt von ihrer Schicht gekommen waren. Und jene, die hohle Phrasen aus dem Lehrbüchlein vorbringen wollten, kamen nicht an. Ebensowenig wie jene, die nach gehabter Manier die Frage so anpackten: «Entweder stimmst du für den Direktionsantrag, oder du stellst dich ausserhalb der Betriebsfamilie.» Im Ergebnis teilten sich die Stimmen fast hälftig. Der Vorschlag der Betriebsleitung obsiegte mit knapper Mehrheit. Und die Versammlung gab der Direktion den verbindlichen Auftrag, alles Nötige vorzukehren, um die Zahl der Arbeitssamstage drastisch zu reduzieren.

Demnach vertrat Lew Makarow offensichtlich nicht bloss eine Gruppe von «Wichtigtuern». Ich traf ihn am nächsten Tag und begriff, dass es nicht nur um die Arbeitsbedingungen gegangen war. Die Arbeiter wollen sich zwar nicht als Herren über den Betrieb aufspielen, aber sie wollen als Arbeiter mit ihren Befugnissen berücksichtigt werden, ihre eigenen Entscheide selber fällen, statt nur Direktionsentscheide absegnen zu müssen. Sie wollen im Entscheidungsprozess einbezogen sein, und sie wollen ernstgenommen werden.

«Wir Arbeiter sind nicht weniger als die Direktion daran interessiert», sagt Makarow, «den Plan zu erfüllen und die Lieferverpflichtungen einzuhalten. Schliesslich hängt unser eigener Lohn und die Sicherheit unserer eigenen Kinder davon ab; da ziehen wir doch alle am gleichen Strick. Bloss: Warum soll alles an die Bedingung geknüpft sein, dass wir am Samstag arbeiten müssen? Die Betriebsleitung braucht die Samstagarbeit, um Pannen auszugleichen, die nicht etwa unvermeidlich sind. Statt die Ursachen zu eliminieren, findet es die Direktion bequemer, die Arbeiter am Samstag antreten zu lassen.» (. . .)

Auch solche Fragen wurden an der Versammlung diskutiert. Aber dieser Arbeitsstreit brach spezifisch deshalb aus, weil man die Samstagarbeit so präsentiert, als sei sie eine unabdingbare Notwendigkeit.

Da befanden einige Leute, es sei Gott weiss was für eine Unverschämtheit, Einwände gegen di-

rektorale Direktiven zu erheben. Weitere Leute, nicht gewohnt, einer andern Meinung ruhig zuzuhören, zogen es vor, die Person ihres Gegenübers zu durchleuchten statt die aufgeworfenen Sachfragen. Und wieder andere sahen in der schieren Tatsache, dass Differenzen sichtbar wurden, eine Herausforderung an das bestehende System.

Als Folge vom allseits unterentwickelten Demokratieverständnis loderte ein Konflikt, der hätte beigelegt werden können, unnötigerweise auf, erregte das Werk, die Stadt und alle Industriebetriebe.

Makarow seinerseits räumte mir gegenüber ein, dass er seinem Unmut über dies oder jenes allzu freien Lauf gelassen habe und dass er sich vor den Fabrikatoren wirklich mehr Zurückhaltung hätte auferlegen dürfen. Aber so passieren die Dinge, wenn man einander nicht richtig zuhören will.

Wann lernen wir endlich, miteinander zu reden und eine Debatte wie zivilisierte Menschen zu führen? Ohne jeden Fliegendreck zu einer Katastrophe aufzubauchen und ohne jeden als Feind zu betrachten, der eine andere Meinung hat als wir.

Alexander Andrejew

Kirchenrückgabe in Litauen

In ihrer Nummer vom 6. 12. 1987 brachte die «Moscow News» einen Bericht unter dem Titel «Illegal requirierte Kirche den Katholiken in Klaipeda zurückgegeben». Hier einige Auszüge daraus.

Im letzten Juli meldete die litauische Zeitung «Sowjetskaja Klaipeda» folgendes:

«Das Exekutivkomitee des Volksabgeordneten-sowjets der Stadt Klaipeda hat beschlossen, innerhalb von zwei Jahren die Klaipeda-Filiale der Staatsphilharmonie der Litauischen SSR in Gebäulichkeiten zu transferieren, die zu Konzertzwecken besser geeignet sind. Das gegenwärtig die Philharmonie beherbergende Gebäude wird danach der städtischen Katholischen Gemeinschaft für deren Bedürfnisse übergeben.»

Nicht gerade erhellend, dieser Text, wie? Indessen ist er mit Bedacht so formuliert worden, dass der uneingeweihte Leser nicht merkt, was los ist. Es macht den Anschein, das Anliegen der Stadtbehörden sei es gewesen, den Musikfreunden eine neue Konzerthalle zu geben, und bei dieser Gelegenheit habe man auch freundlich der Gläubigen gedacht.

Aber in Wirklichkeit hatten die Verfasser des Communiqués einfach nicht den Mut, sich der Tatsache zu stellen, dass die seinerzeit illegal beschlagnahmte Kathedrale Regina Pacis, der Jungfrau Maria geweiht, gegenwärtig Sitz der

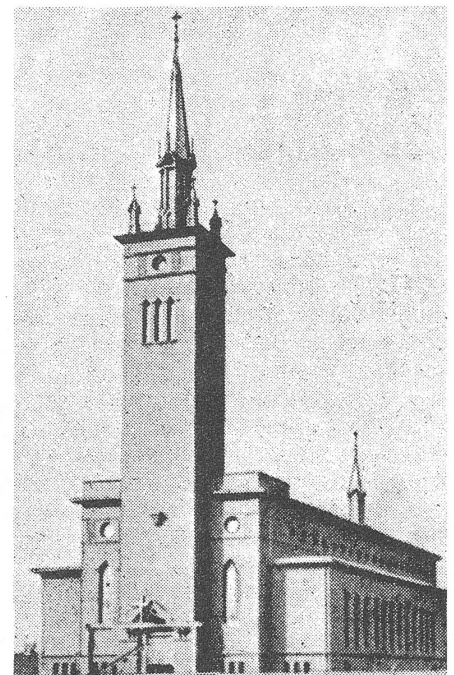
Philharmonie, nunmehr den Katholiken zurückgegeben wird. Aber lieber nebeln die Behörden die Wahrheit ein als den Tatbestand ehrlich zuzugeben und um Verzeihung zu bitten.

Die Geschichte der Kathedrale ist dramatisch. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie zerstört. Die Gläubigen richteten ein kleines Gebetshaus ein, zu klein bald angesichts der rasch steigenden Einwohnerzahl. 1956 erhielt die katholische Gemeinschaft die Bewilligung zum Bau einer neuen Kirche. Sie sammelte dafür in ganz Litauen, und auch aus dem Ausland trafen Spenden ein. Sie erhielt das Grundstück; man verfertigte die Pläne und fing mit dem Bau an. 1961 war er abgeschlossen. Aber die Einweihung wurde hinausgeschoben und fand zu jener Zeit nicht statt.

Im Januar 1962 kam es vor der Kriminalkammer des Obersten Gerichts der Litauischen SSR zu einem Verfahren unter anderem gegen Priester, die unlauterer Machenschaften im Zusammenhang mit Baumaterialien angeklagt waren. Sie wurden zu Freiheitsstrafen von unterschiedlicher Länge verurteilt.

Ende Januar 1962 veröffentlichte die «Sowjetskaja Klaipeda» folgende Bekanntmachung: «Dem Wunsch der werktätigen Bevölkerung entsprechend, hat der Ministerrat der Litauischen SSR beschlossen, im Gebäude Rumpskes-Strasse 6 zur Erfüllung der kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung die Volksphilharmonie Klaipeda zu gründen, die den Volksmassen das Licht der Kultur und der Kunst bringen wird.»

Die litauische Regierung handelte sehr rasch und völlig illegal. Ohne jede gesetzliche Grund-



Die Konzerthalle.

lage nahm man der katholischen Gemeinschaft ihre Kathedrale weg, weil es Leute gab, die im Zusammenhang mit dem Bau delinquent waren. *(Nicht in Erwägung gezogen wird hier die Möglichkeit, dass es mit der Legalität des Gerichtsverfahrens gegen die angeklagten Priester ebenso bestellt gewesen sein mag wie mit der Legalität des Enteignungsverfahrens.)*

In der Zwischenzeit sind die Katholiken von Klaipeda wiederholt an verschiedene Instanzen von Vilnius (*Hauptstadt Litauens*) und Moskau gelangt. Sie verfassten Eingaben, die von Zehntausenden unterschrieben wurden. Aber es passierte nichts. Erst nach einem Vierteljahrhundert hat jetzt das Recht gesiegt. (. . .)

Viele schmerzliche Probleme werden zur Zeit unter den Bedingungen der Perestrojka und der demokratischen Entwicklung gelöst, viele Fehler der Vergangenheit korrigiert, viele Spannungen gemildert, die jahrelang unter der Oberfläche bestanden hatten. Ein Zeichen dafür sind die veränderten Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Litauen.

(Als nicht gar so überzeugendes Beispiel dafür werden Gespräche zwischen offiziellen Kirchenvertretern und staatlichen Behörden genannt, bei denen etwa eingeräumt wurde, in den Schulen sei der atheistische Unterricht manchmal inkorrekt erteilt worden und habe die Gefühle der Gläubigen verletzen können. Die Aussprache galt noch ein paar andern Dingen in dieser Preislage. Das ist nicht eben viel, wenn man bedenkt, dass gerade in Litauen etliche Priester wegen des Verbrechens eingesperrt wurden, ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht zu haben. In indirekter Anspielung darauf erklärte die staatliche Seite bei den Gesprächen, der Staat könne nicht gleichgültig bleiben, wenn Priester gesellschaftsfeindliche, nationalistische und gegebenenfalls sogar antisowjetische Predigten hielten. Falls die dort auftretenden Vertreter der katholischen Hierarchie darauf etwas zu erwidern wussten, kommt das in der - korrekt anmutenden - inhaltlichen Wiedergabe der Gespräche jedenfalls nicht zum Ausdruck. Immerhin beschwerten sich die Kirchenvertreter mutig über drittrangige Behinderungen des religiösen Lebens, und die staatliche Seite gelobte - in diesen Belangen - denn auch Besserung. So soll es nicht mehr vorkommen, dass die Presse anstößig über die heilige Jungfrau und den heiligen Kasimir schreibt. Als ob das grosse Tabu der bestehenden Ordnung durch die Gewährleistung von gesellschaftspolitisch irrelevanten Gegentabus im Minilook auszugleichen wäre! Man soll gleichermaßen sämtliche Ansichten über die Jungfrau und über Lenin äussern dürfen; alles andere ist Faschismus.)

Man sollte meinen, dass die Geschichte der Kirche klargestellt sei und zu Ende gebracht werden könne. Aber leider gibt es noch etwas, was das glückliche Ende trübt. Bei den Gesprächen in Vilnius hat die kirchliche Seite das Begehren nach Gründung einer zweiten Pfarrei in Klaipeda vorgebracht. Vom Stadtsovjat-Exekutivkomitee Klaipeda kam jedoch der schriftliche Bescheid, dass die Angelegenheit erst nach der Restaurierung der Kathedrale Regina Pacis behandelt werde. Mittlerweile kur-

sier das Gerücht, dass sich die Behörden zu jenem Zeitpunkt dadurch zu revanchieren gedenken, dass sie die kleine Kirche beschlagnahmen, in welcher zur Zeit die Gottesdienste abgehalten werden.

Ist es nötig, die Gründe für solche Gerüchte anzuführen? Warum ist es nicht möglich, die Frage sofort zu lösen und den Entscheid zu veröffentlichen? Um so mehr, als das Recht in diesem Falle auf der Seite der Gläubigen steht.

Igor Trojanowski

Todesstrafe und Volksmeinung

Die «Moscow News» plädiert – indirekt zwar, aber deutlich genug – für die Abschaffung der Todesstrafe in der UdSSR, wie schon aus früheren Beiträgen zu erkennen war. Aber damit kommt sie beim Publikum schlecht an; das zeigt sich wuchtig in den Leserbriefen. Eine neue Auswahl davon erschien in der Ausgabe vom 13. Dezember. Grosso modo ist die Einteilung so: Die Ausländer sind für die Abschaffung der Todesstrafe, die Inländer für ihre Beibehaltung. Wir reproduzieren jene Zuschriften.

Wir haben mit Genugtuung erfahren, dass Sie erhebliche Bemühungen unternehmen, um die Todesstrafe in Ihrem Land abzuschaffen. Jahr

für Jahr schafft mindestens ein Land der Erde die Todesstrafe ab. *Nora Elena Martinez O., Kolumbien*

★

Heutzutage gibt es bei uns so viel Widerwärtiges, dass man es radikal loswerden muss; sonst kommen wir zu keinem guten Leben. Kriminelle sollten schon wegen Kleinverbrechen erschossen werden, und zwar öffentlich, damit die andern etwas lernen. *Alexander B., Moskau*

★

Wir halten die Todesstrafe für legalisierten Mord. Sie korrumpiert das öffentliche Bewusstsein und erzieht zur Grausamkeit. *I. Skoblinski (und 15 Mitunterzeichner), Charkow*

★

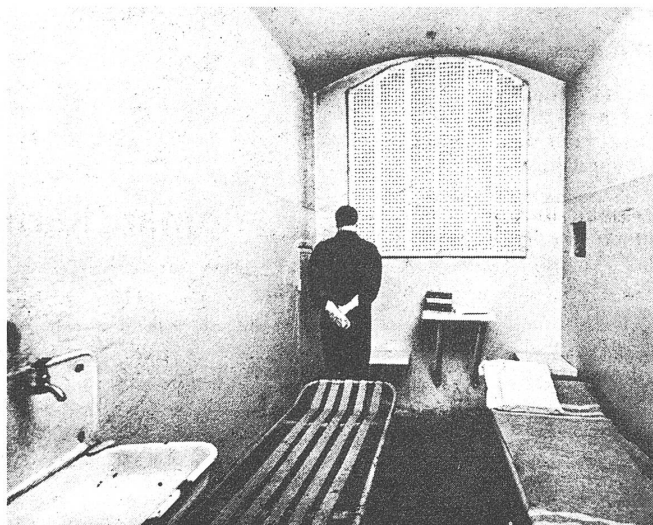
Ich glaube nicht, dass es bei uns eine ehrliche Rechtsprechung gibt. Und solange unsere Justizorgane nicht sauber werden, sollte es gar nicht in Frage kommen, dass man Menschen erschiesset. *R. Karabelnikowa, Lipezk*

★

Man sollte Statistiken über die Zahl der zum Tode Verurteilten und Hingerichteten veröffentlichen. Eine Debatte hierüber würde dann hoffentlich zur Aufhebung der Todesstrafe für alle Delikte führen. *Jesse Lutabingwa, Tansania*

★

Durch die Ausmerzung der Punks würden wir das Leben vieler anständiger Menschen retten. *A. Michajlow, Moskau*



Zelle eines zum Tode Verurteilten.

Wenn die Todesstrafe falsch ist – wovon ich überzeugt bin –, warum schafft man sie denn nicht gleich ab? *Kees van Deemter, Niederlande*

★

Wir sind junge Leute, die in Indien gegen die Todesstrafe auftreten, und wir freuen uns, von ähnlichen Bemühungen in der Sowjetunion zu hören. Möge die Abschaffung der Todesstrafe erneut der Welt die Überlegenheit der sozialistischen Moral und des sozialistischen Humanismus vor Augen führen. *Ravil Nair (und vier Mitunterzeichner), Indien*

★

So wird noch zu unsern Lebzeiten die Abschaffung der Todesstrafe auch in unserm Land ein Thema. Aber neun von zehn Leuten sind für die Todesstrafe. *A. Raichlin, Moskau*

(Redaktion MN:) Vielleicht nicht gerade neun von zehn, aber es ist deutlich, dass unsere Leser mehrheitlich dagegen sind, die Todesstrafe abzuschaffen. Das Hauptargument der Zuschriften lässt sich wie folgt zusammenfassen: Nur die Angst vor der Hinrichtung hält viele Banditen davon ab, Mordtaten zu begehen. Aber stimmt das wirklich?

(Anschliessend lässt die Zeitung einen Beitrag des Sozialwissenschaftlers Alexej Karatajew folgen, der nominell für die Beschränkung, inhaltlich aber für die Abschaffung der Todesstrafe eintritt. In den vergangenen hundert Jahren hätten die meisten europäischen Staaten diesen Schritt getan, ohne dass das zu schlimmen Folgen geführt habe. Nunmehr habe auch die DDR als erster sozialistischer Staat 1987 die Todesstrafe abgeschafft. In der UdSSR selbst treffe man Vorbereitungen zur Humanisierung des Strafgesetzes, und dazu gehöre auch das Ziel, die Todesstrafe nur für Ausnahmefälle vorzusehen.)

Unser Stalin

Über Stalin findet in der Sowjetunion eine Diskussion statt, die zwar nicht uneingeschränkt ist, aber als Kontroverse echt genug geführt wird. Zu diesem Thema brachte die illustrierte Wochenzeitschrift «Ogonjok» (Moskau, Nr. 51/1987) den folgenden aufschlussreichen Leserbrief.

Ich bin ein einfacher Leser von «Ogonjok». In der letzten Zeit nun fühle ich mich sehr beleidigt, weil Sie so viele unbedachte Lesermeinungen veröffentlichen, besonders über Stalin.

Gerade in dieser Periode der Perestrojka könnte man solche Menschen wie Stalin brauchen. Er ist gegen Gesetzesverletzungen und Verbrechen scharf vorgegangen, und das war richtig. Genauso sollte man es jetzt auch machen. Man muss doch sehen, was es heute alles gibt: immer mehr Untaten und Verbrechen; überall machen sich Prostitution und Drogen-

Alltag drüben

Eine «ausserordentlich unbefriedigende Situation» zeigt nach Meinung des DDR-Hochschulministers Hans-Joachim Böhme das Gesamtbild der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der DDR. Überschreitungen der Qualifizierungsvorschriften bei mehr als 50 Prozent der Promovenden seien «nicht mehr als Kavaliersdelikte anzusehen, sondern müssen als Vernachlässigung des gesellschaftlichen Auftrags der Hochschule und ihrer Hochschullehrer gewertet werden». Diese scharfe Kritik übte Böhme auf der diesjährigen Rektorenkonferenz, die kürzlich in Zittau stattfand, über die jetzt die Zeitschrift «Das Hochschulwesen» berichtete (Nr. 9/1987).

Böhme warf den Hochschullehrern ausserdem vor, die Situation bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses «noch nicht in der ganzen Schärfe erkannt» zu haben. Leider würden auch «nicht alle Hochschullehrer der mit der Berufung übernommenen Verantwortung in ausreichendem Masse gerecht»: deren Zahl falle durchaus ins Gewicht, «zumal sie jedesmal für ein Lehrgebiet, einen Wissenschaftsbereich, ein Forschungsthema o. ä. steht». Böhme: «Einige Eindrücke aus den verschiedenen Arbeitsgebieten fallen ins Auge, verdichten sich und ergeben ein zwar differenziertes, aber im ganzen recht kritisches Bild.» Es zeigten sich auch «mittelmässige Massstäbe und Zielstellungen», die manche Hochschullehrer ihren Forschungsarbeiten zugrunde legten, und «ein Ausweichen vor risikobeladener Grundlagenforschung». Besonders «lautstark» wandte sich Böhme gegen Professoren, die über Bürokratie lamentieren, «denen das Lamento als Feigenblatt zum Verdecken der wissenschaftlichen Impotenz dient». *sr*

abhängigkeit breit. Und die Reaktion darauf ist gleich Null. Unter Stalin war das anders. Es wäre interessant zu wissen, warum man jetzt so gegen Stalin schreit. Ich antworte: weil sich solchen Elementen schon die Haare sträuben, wenn sie nur den Namen hören. Sagen Sie bitte selber: Wäre es unter Josef Stalin möglich gewesen, dass ein 19jähriger Idiot bei uns auf dem Roten Platz landet? Niemals, auf keinen Fall.

Für die grosse Hochachtung, die Stalin vom Volk entgegengebracht wird, spricht unter anderem die Tatsache, dass die Bürger der Sowjetunion in ihrer Mehrheit seine Porträts aufbewahren, während die Bilder der andern ehemaligen Führer irgendwo verstauben. Zeigt das nicht die Liebe des ganzen Volkes zu Stalin?

*K. G. Mallakurbanow
Lehrer der russischen Sprache und Literatur
Dorf Ljachlja, Autonome Sowjetrepublik
Dagestan*

Briefe

Nützt alles nichts?

Im ZeitBild 26/87 veröffentlichen Sie eine – sehr lesenswerte – Rezension von Professor Kratzels Buch «Sowjetismus». Dazu schreibt der Rezensent, dass «der vom Marxismus-Leninismus ehrlich überzeugte, doch vernünftigen Argumenten zugängliche Leser» durch die Lektüre des Werkes von seiner bisherigen politischen Haltung gründlichst geheilt würde. Schön wäre es! Aber wie die Beobachtung der Politzene im Westen zeigt, werden im Zeitalter der audiovisuellen Medien und Methoden «vernünftige Argumente» vom lauten Schall übertönt und vom spektakulären Schein überblendet und damit vielfach wirkungslos. Zudem lehrt die Erfahrung, dass Zeitgenossen, die «vom Marxismus-Leninismus ehrlich überzeugt sind» (wobei man zumeist doch eher von Glauben als von Überzeugung reden müsste), im allgemeinen immun sind gegen vernünftige Argumente. *M. K.*



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.